
2292/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 23.02.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten MMMag. Dr. Axel Kassegger, Mag. Hannes Amesbauer
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Abschluss weiterer Rückübernahmeabkommen**

Österreich gehört zurzeit wieder zu den von Migration am meisten betroffenen EU-Mitgliedstaaten. An der EU-Spitze liegen die beiden kleinen Inselstaaten Zypern und Malta, die aber schwer mit Resteuropa vergleichbar sind. Gleich dahinter folgen Schweden, Österreich und Deutschland. Im Jahr 2021 wurden ca. 40.000 Asylanträge gestellt. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. Wobei die Asylantragszahlen schon seit der Übernahme des Bundesministeriums für Inneres durch Nehammer im Jahre 2020 rapide angestiegen sind. Dies ist das Resultat der völlig fehlgeleiteten türkis-grünen Asylpolitik.

Die Anzahl der Abschiebungen, Rückführungen, freiwilligen Ausreisen, etc. sind sehr überschaubar gering. Das liegt vor allem daran, dass aus den Migrations-„Hot Spot“-Ländern 2021 wie Syrien, Irak, Afghanistan, Marokko, Bangladesch, Somalia, etc. hunderte bzw. tausende Migranten nach Österreich kommen, allerdings mit diesen Ländern keine Rückübernahmeabkommen bestehen.

Österreich bzw. die Europäische Union hat zurzeit nur mit folgenden Staaten Rückübernahmeabkommen abgeschlossen:

26 bilaterale Abkommen¹

- davon 17 mit EU-Staaten²
 - Bulgarien 1998³
 - Deutschland 1998, 2012 (Stammabkommen und zwei Protokolle)
 - Estland 2001
 - Lettland 2000
 - Litauen 2000
 - Rumänien 2002 (Abkommen und Protokoll)

¹ Laut 8851/AB vom 16.02.2022:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_08851/index.shtml

² Laut 8851/AB vom 16.02.2022:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_08851/index.shtml

³ Inkrafttreten – gilt auch für alle folgenden Jahresangaben

- Slowakei 2002, 2012 (2 Abkommen)
 - Tschechien 2005⁴
 - Belgien
 - Frankreich
 - Italien
 - Kroatien
 - Luxemburg
 - Niederlanden
 - Polen
 - Slowenien
 - Ungarn⁵
- 9 wurden mit Nicht-EU-Staaten abgeschlossen⁶
- Bosnien und Herzegowina 2007
 - Kosovo 2011 (Stammabkommen und Protokoll)
 - Liechtenstein und die Schweiz 2001
 - Nigeria 2012
 - Nordmazedonien 2007, 2011 (2 Abkommen)
 - Serbien und Montenegro 2004 (Stammabkommen und Protokoll)⁷
 - Tunesien 1965⁸

Momentan werden bilaterale Gespräche geführt mit

- Indien
- Kasachstan
- Mongolei⁹

Momentan werden in Bezug auf Durchführungsprotokolle zu EU-Rückübernahmeabkommen Gespräche geführt mit

- Armenien
- Aserbaidschan¹⁰

⁴ <https://www.bmeia.gv.at/themen/voelkerrecht/staatsvertraege/bilaterale-staatsvertraege/suchergebnisse/>

⁵ Laut 6700/AB vom 11.01.2016:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_06700/imfname_496662.pdf

⁶ Laut 8851/AB vom 16.02.2022:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_08851/index.shtml

⁷ <https://www.bmeia.gv.at/themen/voelkerrecht/staatsvertraege/bilaterale-staatsvertraege/suchergebnisse/>

⁸ Laut 6700/AB vom 11.01.2016:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_06700/imfname_496662.pdf; Notenwechsel

betreffend den Abschluß eines Abkommens zwischen Österreich und

Tunesien über die Heimbeförderung tunesischer und österreichischer Staatsangehöriger;

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1965_255_0/1965_255_0.pdf

⁹ Laut 8466/AB vom 17.01.2022:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_08466/index.shtml

¹⁰ Laut 8466/AB vom 17.01.2022:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_08466/index.shtml

18 Rücknahmeabkommen zwischen EU und Drittstaaten¹¹

- Hong Kong 2004
- Macau 2004
- Sri Lanka 2005
- Albanien 2006
- Russische Föderation 2007
- Ukraine 2008
- Nordmazedonien 2008
- Bosnien und Herzegowina 2008
- Montenegro 2008
- Serbien 2008
- Moldau 2008
- Pakistan 2010
- Georgien 2011
- Armenien 2014
- Aserbaidshan 2014
- Türkei 2014
- Kap Verde 2014
- Weißrussland 2020¹²

Außerdem hat die EU 6 nicht-bindende Rücknahmeabkommen abgeschlossen mit

- Afghanistan
- Guinea
- Bangladesch
- Äthiopien
- Gambia
- Elfenbeinküste¹³

Die EU verfügt momentan über **Verhandlungsmandate** mit

- Algerien
- China
- Marokko
- Tunesien
- Jordanien

Nur zum Vergleich: Die Schweiz hat 51 Rückübernahmeabkommen abgeschlossen!

In der Absicht, der illegalen Zuwanderung im Geiste der europäischen Anstrengungen entgegen zu treten und von dem Bestreben geleitet, die Übernahme von Personen, die illegal eingereist sind oder sich illegal auf dem Gebiet der Republik Österreich aufhalten, durch deren Herkunftsstaaten zu erleichtern, ist es unabdingbar im Sinne

¹¹ Laut 8851/AB vom 16.02.2022:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_08851/index.shtml

¹² https://ec.europa.eu/home-affairs/policies/migration-and-asylum/irregular-migration-and-return/return-and-readmission_en

¹³ https://ec.europa.eu/home-affairs/policies/migration-and-asylum/irregular-migration-and-return/return-and-readmission_en

der österreichischen Bürger weitere Rückübernahmeabkommen schnellstens abzuschließen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, bilaterale Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Migrationsursprungsländern, speziell mit

- Syrien,
- Irak,
- Afghanistan,
- Bangladesch,
- Somalia und
- Ägypten,

sowie weiteren Staaten über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt zu schließen, sowie sich auf europäischer Ebene und in allen EU-Gremien vehement für die Abschlüsse weiterer Rückübernahmeabkommen der Europäischen Union mit anderen Staaten einzusetzen.“

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Entschließungsantrag dem Außenpolitischen Ausschuss zuzuweisen.